

Zu Punkt ^{9.12}
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
30.6.2016



**FREIHEITLICHE
WIRTSCHAFT**

Herrn Präsident
Dr. Christoph LEITL
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 7. Juni 2016

**Antrag
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich
am 30. Juni 2016**

Das Transatlantic Trade Investment Partnership (TTIP) gilt als eines der vieldiskutiertesten Freihandelsabkommen. Es zielt nicht nur auf die Abschaffung bestehender Zölle ab, sondern hat vor allem die Beseitigung von nicht-tarifären Handelsbeschränkungen im Fokus – etwa Regelungen hinsichtlich des Datenschutzes und des Konsumentenschutzes, aber auch Sicherheitsauflagen, technische oder rechtliche Anforderungen an importierte Produkte und arbeitsrechtliche Bestimmungen.

Mit dem Abkommen sind einerseits Vorteile für die exportorientierte Wirtschaft vorhanden. Anzumerken ist, dass der Abbau von Handelsschranken grundsätzlich zu befürworten ist. Andererseits ist zu bedenken, dass ein massiver Preisdruck amerikanischer Produkte, die wahrscheinlich unter weit weniger strengen Bedingungen erzeugt werden, die Aushöhlung von europäischen oder nationalen Standards mit sich bringen könnte. Des Weiteren besteht die Gefahr, dass der Datenschutz und anderer Rechte untergraben werden. Die nach wie vor anhaltende mangelnde Transparenz ist jedenfalls bedauerlich und nicht zu legitimieren.

Im Zusammenhang mit TTIP sind zurzeit viele Mythen im Umkreis, aber genauso viele unreflektierte Befürworter sind am Werk. Tatsache ist, dass dieses Abkommen uns Unternehmer sehr bewegt. So hat beispielsweise eine Umweltorganisation kürzlich geheime Verhandlungspapiere veröffentlicht, die die Brisanz nochmals verschärft. Demnach droht Washington damit, Exporterleichterungen für die europäische Autoindustrie zu blockieren, um im Gegenzug zu erreichen, dass die EU mehr US-Agrarprodukte abnimmt. Gleichzeitig wird das grundlegende Vorsorgeprinzip attackiert, dass die Europäer vor Gentechnik und Hormonfleisch in Nahrungsmitteln bewahrt. Die Dokumente offenbaren zudem, dass sich die USA dem europäischen Wunsch verweigern, die umstrittenen privaten Schiedsgerichte für Konzernklagen durch ein öffentliches Modell zu ersetzen.

Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlamentes Österreich stellen daher folgenden

Antrag:

Die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass nach Vorliegen der Verhandlungsergebnisse zum TTIP-Freihandelsabkommen eine Volksbefragung über dieses Abkommen abgehalten wird!


KommR Matthias Krenn,
WKÖ-Vizepräsident


KommR Hermann Fichtinger
Spartenobmann-Stv.


Christian Pewny
Del. z. Wirtschaftsparlament